

VOLKER EICHSTEDT

Deutschland spart sich dumm

ANMERKUNGEN ZUR JÜNGSTEN OECD-STUDIE »BILDUNG AUF EINEN BLICK«

Die Bundesrepublik baut ihr Bildungssystem zu langsam um und gerät immer weiter ins Hintertreffen. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Bildungsbericht der OECD. Besonders fatal ist, dass für die ersten Bildungsjahre noch immer viel zu wenig getan wird. Dadurch versandet bereits in der Schule das Potenzial junger Menschen. Weitere Kritikpunkte: nicht ausreichende Investitionen, zu wenig Abiturienten und Hochschulabsolventen, verkrustete Schulstrukturen. Fazit des OECD-Bildungskoordinators Schleicher: Das dreigliedrige deutsche Schulsystem ist international nicht mehr zu vermitteln.

Oktober 2004

I

Das war zu erwarten. Kaum hatten die Rückstandsbefunde, die in der jährlich vorgelegten OECD-Studie »Bildung auf einen Blick« zu finden sind, für Schlagzeilen gesorgt, da bliesen die Verfechter des deutschen Bildungssystems zum Gegenangriff. Besonders verärgert reagierten Kultusminister aus den Reihen der Union. Sie warfen der OECD vor, das deutsche Bildungswesen schlecht zu reden. In der Pariser Zentrale habe man die tiefgreifenden Reformschritte, die seit dem Pisa-Debakel unternommen werden, nicht wahrgenommen. Erich Thies (CDU), Generalsekretär der Kultusministerkonferenz (KMK), warnte die OECD davor, deutsche Innenpolitik zu machen.

Wieder einmal hat eine Abwehrschlacht begonnen. Im Zentrum steht der Versuch, das auf Auslese und Ausgrenzung orientierte deutsche Schulwesen in seiner Grundstruktur zu erhalten. Die Kultusministerkonferenz, die in der föderal verfassten Bildungslandschaft eine große Verantwortung hat, spielt dabei eine unrühmliche Rolle. Sie eint das Ziel, die aus sozialen wie aus pädagogischen Gründen gebotene Abschaffung des

gegliederten Schulwesens zu verhindern. So ließ sich die derzeitige Chefin der KMK, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Ahnen (SPD), mit dem Satz vernehmen, es sei wenig hilfreich, trotz aller Mängel und Kritikpunkte das deutsche Schulwesen in seiner Struktur in Frage zu stellen. Andere haben nicht widersprochen. Zunächst.

II

Inzwischen scheint es, als greife eine neue Nachdenklichkeit um sich, auch in der SPD. Parteichef Franz Müntefering hat eine Arbeitsgruppe zu Bildungsfragen eingesetzt, die neue Konzepte für Bildung und Erziehung erarbeiten soll. An ihrer Spitze steht Bundesbildungsministerin Bulmahn, von der man weiß, dass sie für eine gemeinsame Schulzeit bis zur 9. oder 10. Klasse eintritt. Es könnte sein, dass sich die SPD das GEW-Konzept »Eine Schule für alle« zu eigen macht, nachdem auch die Grünen in Bildungsfragen Bewegung signalisiert haben. Schleswig-Holsteins Kultusministerin Erdsiek-Raven (SPD) hat bereits angekündigt, mit diesem Thema in den Landtagswahlkampf zu ziehen. Gewählt wird dort im Februar 2005.

Nun weiß man, dass die SPD nach den gebrochenen Wahlversprechen und insbesondere seit Hartz IV in schweres Fahrwasser geraten ist. Das widerspiegelt sich in Meinungsumfragen und Wahlergebnissen. Nachdem es der CDU/CSU immer schwerer fällt, sich auf ein schlüssiges Gegenkonzept zur Regierungspolitik zu verständigen (der gewiss nur vorübergehende Ausstieg von Merz macht das mehr als deutlich), wittert die SPD eine Chance, sich mit anderen Themen aus dem Stimmungstief zu ziehen. So ist die Gemeinschaftsschule in welcher Form auch immer quasi über Nacht auf die Agenda gekommen, weil man damit nach Überzeugung des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Schmidt Wahlen gewinnen kann. Zur Ein-

stimmung wurde nach Flensburg zu einem deutsch-schwedischen Erfahrungsaustausch über Schule geladen.

III

Die Auseinandersetzung über den Stellenwert von Bildung in Zeiten des Wandels ist durch den OECD-Report wieder entfacht worden. Zwar befindet sich auch das deutsche Bildungssystem längst im Prozess eines grundlegenden Umbaus, der unter neoliberalen Vorzeichen erfolgt. Dennoch besteht Nachholbedarf, was die Ausschöpfung der Bildungsreserven angeht. Das hängt vor allem damit zusammen, dass nirgendwo sonst in die Schullaufbahnen so viele selektive Filter eingebaut sind. Wer in deutschen Schulen einmal aussortiert worden ist und noch dazu so früh, bleibt für immer ausgegrenzt. Mit der Folge, dass deutsche Bildungspolitik im Vergleich zu den führenden Ländern einen Rückstand von zwei Jahrzehnten zu verantworten hat. Ein integratives Schulsystem, das alle Begabungen fördert, hatte in diesem Land nie eine Chance.

Trotz des Kompetenzgerangels von Bund und Ländern ist seit Pisa manches auf den Weg gebracht worden. Das Ganztagschulprogramm wäre ein Stichwort dafür, die Einführung von Bildungsstandards in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache ein weiteres. Pisa hatte bekanntlich auch zwischen den Bundesländern erhebliche Leistungsunterschiede zu Tage gefördert. Von einem Gefälle, das bis zu zwei Schuljahre ausmacht, war die Rede. Mit der Einführung von Bildungsstandards soll der Versuch unternommen werden, die Qualität von Unterricht und Schule zu erhöhen, indem ein länderübergreifender Anspruch formuliert wird. Das ist in drei Fächern geschehen – entlang bestehender Schulstrukturen und unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit. Mit Chancengleichheit hat das nichts zu tun.

Noch in diesem Jahrzehnt soll die Bundesrepublik zu den führenden Bildungsnationen aufschließen. So hat es der Kanzler verkündet, der dabei Unterstützung erfährt. Vor allem die Wirtschaft drängt darauf, das Bildungswesen zu reformieren. Dafür bietet sie eigene Konzepte an. So hat zum Beispiel die Schweizer Prognos AG in einer von der Wirtschaftsvereinigung Bayerns in Auftrag gegebenen Studie beschrieben, wie das deutsche Bildungssystem in den kommenden 15 Jahren entwickelt werden müsste, um im europäischen und weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Die Autoren plädieren dafür, die Bildungsausgaben erheblich zu erhöhen. Mit Blick auf die demographischen Herausforderungen sollen die Schulzeit verkürzt, Ganztagschule und Ferienunterricht ausgebaut und die Berufsausbildung modularisiert und vergütungsfrei gestellt werden. Außerdem sieht das Konzept vor, Überregulierung und Bürokratisierung des Bildungswesens zu überwinden,

das Bildungsverständnis im Hinblick auf mehr Verbindlichkeit, Standardisierung und eine deutlichere Orientierung an der Arbeits- und Berufswelt zu revidieren und die Leistungs- und Wettbewerbsbereitschaft zu entwickeln.

IV

Es sind vor allem solche Wegbeschreibungen, die von der OECD angemahnt und gefördert werden. Seit zwölf Jahren untersucht sie die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme ihrer Mitgliedsländer und veröffentlicht die Ergebnisse im Abstand eines Jahres zeitgleich in Washington, London, Paris und Berlin. Die Analysen werden mit einem beträchtlichen Aufwand betrieben, wobei das Indikatorenprogramm von Jahr zu Jahr erweitert und vervollkommen wurde. Das lässt auf eine inhaltlich wie methodisch fundierte Arbeitsweise schließen. Doch die OECD ist keine Bildungsinstitution ist, die das Menschenrecht auf Bildung verwirklichen will. Sie gehört zu jenen weltweit agierenden Organisationen des Kapitals, die Bildung immer mehr ins Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeit rücken. Im Jahre 1960 zur Beschleunigung kapitalistischer Wirtschaftskreisläufe gegründet, macht sie sich heute anheischig, über ein ausgeklügeltes Indikatorenprogramm zu definieren, was zeitgemäße Bildung ist und wie Bildungsprozesse zu organisieren sind. Auch die Pisa-Studien, die im Auftrag der OECD bis 2010 durchgeführt werden, fließen darin ein.

Aufschlussreich ist, auf welche Grundannahmen sich das Indikatorenprogramm stützt. In der OECD geht man davon aus, dass Investitionen in das so genannte Humankapital die Qualifikation der künftigen Arbeitskräfte fördern und damit zur Produktivitätssteigerung beitragen werden. Deshalb wird nicht mit Kritik an der Bundesrepublik gespart, wo seit Anfang der 90er Jahre nur 30 Prozent der Schüler eines Jahrgangs auf ein Gymnasium gehen, während Bildungsnationen wie Finnland mehr als 70 Prozent der Schüler zum Abitur führen. Für die Experten in der OECD-Zentrale ist nicht nachvollziehbar; dass Hessens Landesregierung mit Stolz verkündet, seit der Abwahl von Rot-Grün würden wieder mehr Schüler eine Hauptschule besuchen denn ein Gymnasium.

Die Kehrseite ist, dass die OECD in Übereinstimmung mit anderen Organisationen des Kapitals wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds den zügigen Fortgang der Restrukturierung der Bildungssysteme nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen fordert. Damit sich Bildungsinvestitionen rechnen, sollen Markt und Management, Rationalisierung und Privatisierung künftig eine bestimmende Rolle spielen. Man erhöht systematisch den Druck, indem man Normen setzende Vergleiche präsentiert. Die einschlägigen Arbeiten leistet das 1968 gegründete Zentrum für Forschung und Inno-

vation (CERI). Es sieht seine Hauptaufgabe darin, den nationalen Regierungen durch international empirisch abgestützte Ranking-Listen Reformbedarf anzuzeigen, um den »individuellen und gesellschaftlichen Erträgen aus Investitionen in Bildung« besser gerecht zu werden.

V

In welcher Diktion das geschieht, soll an einigen Beispielen aus dem diesjährigen Bildungsreport veranschaulicht werden.

Bildungsausgaben: Bei der staatlichen Bildungsfinanzierung verliert die Bundesrepublik weiter an Boden. Sie wendet 4,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Bildung auf, Schweden, Dänemark, Island und Belgien liegen mit mehr als sechs Prozent an der Spitze. Auch wenn man die Aufwendungen der Wirtschaft für die Berufsausbildung einbezieht, bleibt die Bundesrepublik mit 5,3 Prozent unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten, der bei 5,6 Prozent liegt.

Kindergärten: Als bildungsökonomisch nicht erklärbar bezeichnet der Bericht die Relation zwischen den privaten Ausgaben im deutschen Vorschulbereich und für Hochschulen. Im Kindergarten ist der durch Gebühren finanzierte private Anteil der Ausgaben mit 38 Prozent doppelt so hoch wie im Durchschnitt der OECD. Dagegen machen im Hochschulbereich Studiengebühren und andere private Aufwendungen weniger als die Hälfte dieses Anteils im OECD-Durchschnitt aus, der 22 Prozent beträgt.

Ausgaben pro Schüler: Deutschland gibt pro Schüler im Primar- und im Sekundarbereich I deutlich weniger aus als im OECD-Durchschnitt, im Sekundarbereich II und im Hochschulbereich erreicht es den Wert annähernd. Im für die Entwicklung der Kinder besonders wichtigen Grundschulbereich betragen die Ausgaben pro Schüler 4.237 US-Dollar, im OECD-Durchschnitt sind es 4.850 Dollar. Im Hochschulbereich hingegen stehen in der Bundesrepublik 10.504 Dollar zur Verfügung und damit mehr als im Durchschnitt der OECD, der 10.052 Dollar beträgt.

Unterrichtszeit: Die jährlich vorgesehene Unterrichtszeit für einen sieben- bis achtjährigen Schüler beträgt in der Bundesrepublik 626 Stunden, das sind mehr als 160 Stunden weniger als im OECD-Durchschnitt, der bei 788 Stunden liegt. Zwar schließt sich die Schere in späteren Jahren etwas, aber auch 15jährige Schüler noch jährlich 66 Stunden weniger Unterricht.

Betreuungsrelation: Deutsche Schüler lernen im Vergleich zu den führenden Bildungsnationen in erheblich größeren Klassen. Im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich I ist die Betreuungsrelation ungünstiger als in anderen Ländern. Im Bereich der frühkindlichen Betreuung liegt die Bundesrepublik am Ende. Hier kommen 24 Kinder auf eine Betreuungsperson, im OECD-Durchschnitt sind es 15. In Island, Dänemark

und Neuseeland muss sich eine Betreuerin um höchstens sieben Kinder kümmern.

Lehrer: Im internationalen Vergleich werden deutsche Lehrkräfte gut bezahlt. Das betrifft vor allem die Grundgehälter. In den meisten OECD-Ländern haben Lehrer dagegen mehr Möglichkeiten, Zuschläge zu erhalten, zum Beispiel bei Übernahme zusätzlicher Aufgaben. Immer mehr Länder gehen dazu über, die Zahl der Arbeitsstunden festzulegen, die insgesamt in den Schulen zu leisten sind.

Berufsbildung: Erstmals weist der Bericht das duale Berufsausbildungssystem gesondert aus. Das deutsche duale System wird gelobt, weil es den Ausgebildeten einen vergleichsweise reibungslosen Übergang ins Arbeitsleben ermöglicht, sofern es genügend Arbeitsplätze gibt. Im internationalen Vergleich zeigt sich jedoch, dass mit zunehmendem Alter das Risiko der Arbeitslosigkeit steigt. Ältere Fachkräfte mit einer an Fachschulen oder Fachhochschulen erworbenen vergleichbaren Ausbildung haben deutlich bessere Chancen am Arbeitsmarkt.

Studienberechtigung: In Deutschland erwerben 43 Prozent eines Jahrgangs eine Studienberechtigung, das sind Abitur oder Fachhochschulreife. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 51 Prozent, einige Bildungsnationen wie Finnland kommen auf 80 Prozent und mehr.

Studienanfänger: Pro Altersjahrgang nehmen in Deutschland etwa 36 Prozent ein Studium auf, im Jahre 1998 waren es erst 28 Prozent. Eine weitere Zunahme ist jedoch kaum noch möglich, weil zu wenig Jugendliche zum Abitur oder zur Fachhochschulreife geführt werden. Im OECD-Durchschnitt beginnt die Hälfte eines Jahrgangs mit dem Studium, in Finnland, Ungarn, Neuseeland, Polen und den USA liegt die Quote zwischen 60 und 70 Prozent. Eine wachsende Zahl an Hochschulabsolventen hat in keinem Lande der OECD zu einer zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit geführt.

Hochschulabschluss und Frauenanteil: In den Mitgliedsstaaten der OECD erwerben 32 Prozent eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss, in der Bundesrepublik lediglich 19 Prozent. Der Frauenanteil ist bei uns von 43 Prozent im Jahre 1998 auf jetzt 44,9 Prozent gestiegen, das ist jedoch noch immer das untere Ende der Skala. In den meisten anderen Staaten schließen heute mehr Frauen als Männer ein Erststudium ab. In Dänemark, Finnland, Island, Neuseeland, Norwegen, Polen, Schweden und Ungarn liegt der Frauenanteil bei mehr als 60 Prozent.

Ausländische Studierende: Nach den USA gilt die Bundesrepublik als besonders beliebtes Gastland, insbesondere in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Jeder zehnte Studierende an einer deutschen Hochschule ist ein Ausländer. Ebenso wächst bei jungen Deutschen das Interesse an einem Auslandsstudium. Nur die jungen Japaner und Koreaner gelten als mobiler.

VI

Deutschland spart sich dumm, kommentierte eine überregionale Tageszeitung den Bildungsbericht der OECD. Zu einem anderen Schluss kam der Direktor des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Baumert. Auf einer Tagung der Kultusminister mit 250 Experten in Berlin, die sich um eine Einschätzung der seit dem Pisa-Debakel unternommenen Anstrengungen bemühten, sagte er, das deutsche Schulwesen befinde sich auf einem guten Weg. Baumert nannte die Einführung der neuen Bildungsstandards in den Schulen eine Meisterleistung. Andere sahen das anders. In der Debatte meldeten sich unzufriedene Lehrer- und Elternvertreter zu Wort. Sie seien es leid, immerfort auf eine bessere Zukunft vertröstet zu werden, auch wenn angestrebte Veränderungen im Bildungswesen einen langen Atem brauchten. Die Kultusminister hätten bis heute nicht die frühe Auslese der Kinder in Frage gestellt, obwohl diese Form der sozialen Ausgrenzung nahezu einmalig auf der Welt ist.

Politik und die Bildungspolitik allemal wären gut beraten, wenn sie die soziale Sprengkraft dieses historisch überlebten Bildungssystems endlich wahrnehmen würde. Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Ludwig Eckinger, wies kürzlich völlig zu Recht darauf hin, dass das deutsche Bildungswesen den Auftrag zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit untergräbt. Die Folge sind eine halbe Million schulmüder Schüler, ein ungebrochener Zuwachs von Kindern und Jugendlichen an Sonderschulen und der Abgang von mehr als zehn Prozent der Schüler eines Jahrgangs ohne Abschluss. Das kommt heraus, wenn man Schule lediglich als Zertifizierungsinstanz versteht, die zu ermitteln hat, wer einem abverlangten Stoff gewachsen ist und wer nicht. Schule darf aber nicht noch mehr zu einem Übungsplatz verkommen, wo die Sieger und Verlierer für den Standort Deutschland ermittelt werden. Wie andere in diesen Tagen fordert auch Eckinger, insbesondere Kinderkrippen, Kindergärten und Grundschulen so zu stärken, dass alle Kinder trotz unterschiedlicher sozialer Ausgangslagen eine Chance für eine gelingende Bildungskarriere erhalten.

VII

Wer Leistung will, muss Lernen fördern. Dabei könnten Bildungsstandards hilfreich sein, wenn man sie in den Lernprozess integrieren würde und nicht dazu missbraucht, Selektion und Ausgrenzung zu perfektionieren. Was Baumert als Meisterleistung bezeichnet, ist aus mehr als einem Grund kritisch zu hinterfragen. Mit den Standards werden normative Erwartungen formuliert, auf die hin Schule ausbilden und erziehen soll. Dabei wird schulisches Lernen primär als Aufbau von Kompetenzen in ausgewählten schulischen Lernbereichen ver-

standen, die durch entsprechende Testaufgaben abgerufen und kontrolliert werden. Die Kompetenzen erfassen jedoch längst nicht alle Bereiche, die unter Bildung in der Schule verstanden werden müssten. Eigentlich sollte man in der Schule fürs Leben lernen, künftig wird man für Tests lernen müssen, damit die Computer in den betriebswirtschaftlichen Abrechnungszentralen ihre Bienchen bekommen.

Schon das macht deutlich, wie notwendig es wäre, sich unter breiter öffentlicher Beteiligung über einen Bildungsbegriff zu verständigen, der nicht von der Wirtschaft diktiert wird. Bildung sollte mehr sein als bloße Vermittlungsinstanz für den Arbeitsmarkt. In Zeiten schnellen Wandels und ungewisser Perspektiven sollte sie vor allem Zukunftsvorsorge sein, die den Schülern den Weg zu aufgeklärter Mündigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe sichert. Ohne diese Freiheits- und Gerechtigkeitsdimension ist Bildung nicht zu denken. Folglich gehören nicht Leistungsstandards in das Zentrum des Reformdiskurses, sondern Einstiegspfade und Entwicklungsschritte zu einer Schule für alle.

Die Debatte darüber ließe sich ergebnisorientierter führen, wenn es gelänge, für das Bildungswesen eine strategische Perspektive zu formulieren, die mehrheitsfähig ist. Aus linker Sicht müsste sie wohl darin bestehen, jeder und jedem eine gelingende Bildungskarriere zu ermöglichen, niemand mehr auszugrenzen oder zu beschämen, sondern alle Begabungen und Talente zu fördern. Verantwortungsvolle Bildungspolitik wird dabei stets im Auge haben, wie es um die Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen der Kinder und Jugendlichen bestellt ist. Denn der Weg zu Gerechtigkeit ist immer konkret, oder es gibt ihn nicht.

VIII

Finnland hat bereits vor vielen Jahren mit einem solchen Anspruch sein Bildungssystem reformiert. Es hat dabei nicht nur die Strukturen verändert, sondern auch die Inhalte von Bildung und die Art und Weise ihrer Aneignung und Vermittlung. Und weil individuelle Förderung in der Schule Kernbestand öffentlicher Daseinsvorsorge geblieben ist, braucht es keinen privatisierten Wirtschaftszweig Nachhilfe, der wie in Deutschland jährlich Milliarden erlöst.

Wenn das Schule machen würde.